

Strukturnebel

Friedhelm Hengsbach SJ

„Die wirtschaftliche Stagnation und die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland sind strukturbedingt.“

Diese Behauptung gehört zum Standardbekenntnis zahlreicher Wirtschaftsexperten. Diese registrieren zwar auch den dramatischen Absturz des Welthandels und der Weltproduktion im Jahr 2001, nachdem die Spekulationsblase auf den Finanzmärkten geplatzt war. Sie stellen fest, wie sich die Weltwirtschaft in den USA und Japan und anderen europäischen Ländern wieder belebt hat - vom Konjunkturmotor der Vereinigten Staaten gestützt, den eine expansive Geldpolitik und eine konjunkturstützende Finanzpolitik antreiben. Und sie sehen den starken Aufschwung, der den deutschen Export auf Grund der weltwirtschaftlichen Verflechtung erfasst hat. Aber das Bekenntnis struktureller Arbeitslosigkeit in Deutschland scheint unangreifbar zu sein. Nur klingt es oft nebelhaft, selektiv, verstellt.

Nebelhaft, weil die „Struktur“ für alles erhalten muss, was unerklärlich wirkt. Dass die Nachfrage nach Arbeitskräften im Frühjahr oder Winter schwankt, hat Gründe. Dass die Unternehmen andere, nämlich höher qualifizierte Arbeitskräfte suchen, als verfügbar sind, kann man ihnen nicht verübeln. Dass neue Techniken die gleichen Waren mit weniger Arbeitseinsatz erzeugen, wissen alle. Und dass in Mecklenburg den Arbeitssuchenden relativ weniger offene Stellen angeboten werden als in Baden-Württemberg, erstaunt niemanden. Konjunkturelle Erklärungsmuster leiten die Arbeitsnachfrage aus der Güternachfrage ab. Werden sie geächtet, bleibt die „Struktur“ als eine Art galaktischer Nebel übrig.

Selektion ist im Spiel, wenn die Menge der Strukturen einseitig gefiltert wird. Der Rat der Sachverständigen hat im vorletzten Jahresgutachten 20 Strukturkomponenten gesammelt, die ausnahmslos den Produktionsfaktor Arbeit, den Arbeitsmarkt, die kollektive Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten sowie die erwerbswirtschaftlichen Solidarsysteme betreffen: hohe Lohnsteuer- und Abgabensätze, fahrlässige Lohnabschlüsse, überzogene Arbeitslosen- und Sozialhilfe, starre Flächentarifverträge, übertriebene Schutzregeln und ein ineffizientes Gesundheitswesen.

Der Blick ist verstellt, weil andere Strukturbrüche außer Acht gelassen werden, die nicht weniger gewichtig sind - etwa die einer polarisierten Einkommens- und Vermögensverteilung, einer fortwirkend geschwächten Verhandlungsposition der Arbeitnehmer, eines ungleichen Zugriffs auf Arbeitsverhältnisse bzw. Kapitaleinkommen, um gesellschaftliche Risiken solidarisch abzusichern, sowie der langjährigen Verletzung der „goldenen

Wachstumsregel“, die besagt, dass die Rendite aus kurzfristigen Finanzanlagen unter den Profiten liegen sollte, die Unternehmen aus realen Investitionen erzielen.

Der Strukturnebel könnte sich wohl aufhellen, wenn drei Einsichten mehrheitsfähig werden: Ein selbsttragender Aufschwung der inländischen Investitions- und Konsumnachfrage braucht mehr autonome private und öffentliche Schubkräfte, als sie durch das Auslandsfenster induziert werden. Unternehmer, die durch die Produktion und den Absatz von Gütern vitale Bedürfnisse der Menschen befriedigen, verdienen höhere Anerkennung als Manager, die auf den Unternehmenswert fixiert sind, den Börsenkurs in die Höhe treiben und nur die Interessen der Aktionäre bedienen. Die politischen Akteure entledigen sich der Maastricht-Fesseln und starten europaweit wie auf kommunaler Ebene einen öffentlich-privaten Investitionslauf, der durch Geldschöpfung zu finanzieren ist.

Frankfurter Rundschau, 14.05.2004, 27.